

Änderungsanträge

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/804**

Staatshaushaltsplan 2007/08

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Drs. 14/ 904-1

Landtag von Baden-Württemberg**14. Wahlperiode**LANDTAG B-W
06.FEB.2007 16:27**Änderungsantrag der Fraktion der SPD****zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/804****Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport****Keine Sperrung von Lehrerstellen / Absenkung der Eingangsbesoldung**

Kap. 0402 Allgemeine Bewilligungen

Der Landtag wolle beschließen:

1. „Die im Regierungsentwurf vorgesehene Sperrung von Lehrerstellen in Höhe von 521 Stellen im Jahr 2007 und von 791 Stellen im Jahr 2008 aufzuheben und alle frei werdenden Lehrerstellen wieder zu besetzen.“

2. Neu aufzunehmen:

Titel 461 01 N Globale Mehrausgaben für Personalausgaben

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Zu setzen	21.500,0	42.000,0

und in der Erläuterung anzufügen: „Globale Mehrausgaben für Personalausgaben durch die Aufhebung der Sperrung von 521 Lehrerstellen in 2007 und von 791 Stellen in 2008.“

3. Titel 462 01	Globale Minderausgaben für Personalausgaben		
	2007	2008	
	TSD €	TSD €	
Statt	-820,0	-861,0	
Zu setzen	-12.720,0	-24.161,0	

und in der Erläuterung anzufügen: „Durch Absenkung bei der Eingangsbesoldung bei Neulehrern auf jeweils drei Jahre von A13 auf A12 bzw. von A12 auf A11 ergeben sich Einsparungen bei den Personalausgaben in Höhe von 11.900 Tsd. Euro in 2007 sowie in Höhe von 23.300 Tsd. Euro in 2008.“

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die SPD-Landtagsfraktion will sicherstellen, dass in dieser Wahlperiode keine Lehrerstellen gesperrt werden. Vielmehr sollen die aufgrund des Schülerrückgangs rechnerisch frei werdenden Stellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung und für den Ausbau der Ganztageschulen eingesetzt werden. Die SPD lehnt deshalb die vorgesehene Sperrung von 521 Lehrerstellen ab dem Jahr 2007 ebenso ab wie die Sperrung von 791 Lehrerstellen ab 2008. Die daraus resultierenden zusätzlichen Aufwendungen werden pauschal als globale Mehrausgaben für Personalausgaben veranschlagt. Zur teilweisen Gegenfinanzierung soll die Eingangsbesoldung für neu eingestellte Lehrerinnen und Lehrer für drei Jahre um jeweils eine Besoldungsstufe abgesenkt werden. Die daraus resultierenden Einsparungen werden pauschal als globale Minderausgaben für Personalausgaben veranschlagt.

Ds. 14/ 904-2

Landtag von Baden-Württemberg**14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**LANDTAG B-W
06.FEB.2007 16:27**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/804****Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport****Wiedereinstieg des Landes in die Förderung der Schulsozialarbeit**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0436 Allgemeine Schulangelegenheiten

1. Titel 633 74 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	0,0	0,0
Zu setzen	667,0	667,0

2. Neu aufzunehmen:**Titel 684 74 N Zuweisungen an freigemeinnützige Träger**

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Zu setzen	333,0	333,0

und die Erläuterungen zu den Titeln 633 74 und 684 74 wie folgt zu fassen: „Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an freigemeinnützige Träger zur Förderung der Sozialarbeit an Schulen.“

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Schulsozialarbeit gehört zum Bildungsauftrag der Schule. Deshalb muss sie auch als Landesaufgabe begriffen werden. Es bedarf sozialpädagogischer Kompetenz vor Ort an der Schule, um auf spezifische Problemlagen der Schülerinnen und Schüler besser eingehen zu können. Schulsozialarbeit leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Integration und zur Gewaltprävention.

Der Rückzug der Landesregierung aus der anteiligen Finanzierung ist kontraproduktiv, da er an anderer Stelle höhere Folgekosten verursacht. Er ist darüber hinaus ein erneutes Beispiel für die Politik der Landesregierung, Lasten auf die Kommunen abzuwälzen und sich aus der bildungspolitischen Verantwortung zu stellen.

Drs. 141904-3

Landtag von Baden-Württemberg**14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**LANDTAG B-W
06.FEB.2007 16:27**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/804****Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport****Rücknahme der Kürzungen bei der Weiterbildung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0453 Weiterbildung

Tit.-Gr. 71 Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung

1. Tit. 633 71 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	2.977,2	2.977,2
Zu setzen	3.293,8	3.293,8

2

2. Tit. 684 71 Zuschüsse an sonstige Träger

	2007	2008
	TSD €	TSD €
Statt	7.600,0	7.600,0
Zu setzen	8.390,1	8.390,1

und die Erläuterungen zur TG 71 entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Weiterbildung in Baden-Württemberg leidet bereits jetzt massiv unter den Mittelkürzungen der vergangenen Haushaltsjahre: in den letzten 10 Jahren wurde die Landesförderung um über 60 Prozent gekürzt. Auch im Bundesvergleich schneidet die Förderung der Weiterbildung durch das Land Baden-Württemberg ausgesprochen schlecht ab. Mit der im Haushaltsentwurf vorgesehenen erneuten weiteren Kürzung bei der Weiterbildung wird die Funktionsfähigkeit vieler Einrichtungen der Weiterbildung akut gefährdet. Die Rücknahme der vorgesehenen Kürzung ist deshalb dringend erforderlich. Andernfalls droht sich die in Baden-Württemberg ohnehin schon starke soziale Selektion auch im Bereich der Weiterbildung zu verschärfen.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
14. Wahlperiode

Dr. 14/904-4

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE

LANDTAG B-W
07. FEB. 2007 12:17

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses 14/804
Staatshaushaltsplans für 2007/2008

Epl. 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

hier: Bruttokostenmodell für freie Schulen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0435 Förderung von Schulen in freier Trägerschaft
Titel 684 01 Zuschüsse an Gymnasien, Aufbaugymn., Realschulen,
einheitliche Volks- und höhere Schulen, Grund- und
Hauptschulen in freier Trägerschaft

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
Statt	263.281,0	275.918,5
zu setzen	267.781,0	284.418,5

Stuttgart, den 07.2.2007

Rastätter

Rastätter, Lehmann, Metzger, Kretschmann u. Fraktion

Begründung:

Die Schulen in freier Trägerschaft leisten einen wichtigen Beitrag für das öffentliche Schulwesen in Baden-Württemberg. Sie sind Ausdruck der Zivilgesellschaft und haben zudem in vielfacher Hinsicht eine Vorreiterrolle für die Schulen in staatlicher Trägerschaft. Die unangemessene staatliche Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft ist ein seit Jahren währendes Problem. Mit der Verankerung des Bruttokostenmodells im Privatschulgesetz am Ende der vergangenen Legislaturperiode ist nun eine von Land und Schulträgern gemeinsam entwickelte und akzeptierte Berechnungsgrundlage für die Bemessung der staatlichen Zuschüsse festgeschrieben worden. Die Landesregierung hat auch die Absicht geäußert, mit einem Stufenmodell die entsprechende höhere Finanzierung zu erreichen. Allerdings soll dies finanziert werden aus frei werdenden Mitteln bei einem Rückgang der Schülerzahlen bei den Schulen in freier Trägerschaft. Damit ist aber die finanzielle Verbesserung für die seit Jahren unterfinanzierten Schulen in freier

Trägerschaft auf die lange Bank geschoben, da ein Rückgang der Schülerzahlen u.a. auch wegen der steigenden Beliebtheit der freien Schulen nicht absehbar ist. Die Fraktion Grüne spricht sich seit Jahren für den Einstieg in das Stufenmodell aus und hat immer wieder entsprechende Finanzierungsvorschläge gemacht. Mit dem vorliegenden Antrag sollen die Zuwendungen an die Schulen in freier Trägerschaft in der ersten Stufe um 4,5 Mio. und in der zweiten Stufe um 8,5 Mio. Euro erhöht werden. Das Privatschulgesetz ist entsprechend zu novellieren.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
14. Wahlperiode

Ds. 14/ 904-5

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE

LANDTAG B-W
07.FEB.2007 12:17

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses 14/804
Staatshaushaltsplans für 2007/2008

Epl. 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

hier: Bildungspakt Schule

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0436 Allgemeine Schulangelegenheiten

1. Einnahmen

Titel Gr. 63 neu Erstattung Sonderfonds Bildungspakt
Titel 342 63

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
zu setzen	163.900,0	212.800,0

2. Ausgaben

Titel Gr. 63 neu Bildungspakt für die Schulen
Titel 425 63 Vergütungen der Angestellten

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
zu setzen	163.900,0	212.800,0

Stuttgart, den 6.2.2007


Rastätter, Lehmann, Metzger, Kretschmann u. Fraktion

Begründung:

Für uns Grüne steht fest: In dieser Legislaturperiode bis zum Jahr 2011 brauchen wir zusätzliche Stellen im Schulbereich und an den Hochschulen. Zwar beginnt der Schülerrückgang ab 2008, aber der wachsende Stellenbedarf und der Rückgang der

Schülerzahlen sind deutlich zeitversetzt. Lehrerstellen werden in großem Maße erst nach 2012 frei. Da wir das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verlieren dürfen und den Haushalt nicht mit neuen Schulden belasten dürfen, hat die Fraktion Grüne den Bildungspakt 2016 konzipiert (vgl. Antrag zu EPL 12)

Über einen Zeitraum von zehn Jahren werden die unter der Annahme eines konstanten Schüler/Lehrer-Verhältnis frei werdenden Stellen in einen Bildungspakt eingebracht. Aus diesem Pakt werden sowohl die notwendigen Verbesserungen an den Schulen (vor allem Ausbau der Ganztageschule, Unterrichtversorgung berufliche Schulen, Poolstunden für Real- und Hauptschulen, Sonderschulen, Ethikunterricht) als auch der Ausbau der Studienkapazitäten finanziert.

Mit dem vorliegenden Antrag wird der Bildungspakt für den Doppelhaushalt 07/08 umgesetzt und die entsprechenden Mittel im Einzelplan 04 bereitgestellt. Konkret werden damit folgende zusätzlichen Stellen geschaffen:

	2007	2008
Ganztagschulen	368	936
Poolstunden Real-/Hauptschulen	160	320
Ethikunterricht GS/HS	100	200
Vorgrißstundenmodell	1100	1100
Mehrbedarf G 8	600	600
Aufhebung Stellenbesetzungssperre	800	800
Berufliche Schulen	80	150
Sonderschulen	40	80
Evaluation	30	70
Neue Stellen insgesamt	3278	4256

Hinweis: Zur Einrichtung des Sonderfonds Bildungspakt siehe den Antrag der Fraktion GRÜNE zu EPL 12, Kap. 1206, Tit.Gr. 89 neu, Sonderfonds Bildungspakt. Der Sonderfonds Bildungspakt wird bis zum Jahr 2017 durch eingesparte Personalmittel (Rückgang von Lehrerstellen, der schon heute kalkulierbar ist) und eine jährlich aus Haushaltsmitteln zugeführte, feste Annuität von 20 Mio. Euro auf Null zurückgeführt.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

14. Wahlperiode

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE

Ds. 14/ 904- 6

LANDTAG B-W
07.FEB.2007 12:17**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses 14/804
Staatshaushaltsplans für 2007/2008**

Epl. 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

hier: Schulsozialarbeit

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0436 Allgemeine Schulangelegenheiten**Tit. Gr. 74 Für Maßnahmen zur Ganztagsbetreuung von Schülern an öffentlichen Schulen****1. Tit. 633 74 Zuweisungen an kommunale Träger**

	2007 Tsd €	2008 Tsd €
statt	0,0	0,0
zu setzen	2.500,0	2.500,0

2. Tit. 684 74(neu) Zuweisungen an freigemeinnützige Träger

	2007 Tsd €	2008 Tsd €
statt	0,0	0,0
zu setzen	1.000,0	1.000,0

Stuttgart, den 6.2.2007



Rastätter, Metzger, Kretschmann u. Fraktion

Begründung:

Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist unverzichtbar. Sie dient der Vermittlung sozialer Schlüsselkompetenzen, der Unterstützung von Jugendlichen u.a. beim Übergang Schule und Beruf und bei Problemen als Bindeglied zwischen Schüler/innen – Eltern – Lehrer/innen. Die vom Sozialministerium beauftragte Studie der Universität Tübingen bewertet die Schulsozialarbeit als vergleichsweise billig, aber hocheffizient.

Dennoch ist die Landesregierung aus der Jugendsozialarbeit an Schulen in den letzten Jahren komplett ausgestiegen. Das Land Baden-Württemberg steht als Bildungsverantwortlicher in der Pflicht, den Jugendlichen an den Schulen alle Kompetenzen zu vermitteln, die u.a. für die Ausbildungsreife erforderlich sind. Die Finanzierung der Jugendsozialarbeit an Schulen kann nicht allein den Kommunen angelastet werden. Das Land muss sich langfristig und verbindlich an der Finanzierung beteiligen und dem wachsenden Bedarf gerecht werden. Kultusminister Rau hat den Ausstieg des Landes aus der Schulsozialarbeit mittlerweile als Fehler bezeichnet und Ministerpräsident Oettinger hat nach der Amok-Lauf-Drohung Ende vergangenen Jahres den Wiedereinstieg des Landes in die Schulsozialarbeit erwogen. Darüber hinaus wurde bereits im Koalitionsvertrag eine Stärkung der Schulsozialarbeit mit Unterstützung des Landes vereinbart. Jedoch zeigt auch dieser Haushaltsentwurf wieder, dass die Landesregierung nicht bereit ist, ihren Worten Taten folgen zu lassen.

Der Antrag der Fraktion Grüne dagegen begehrt eine Mittelaufstockung um je 3,5 Mio. € in 2007 und 2008, um das Angebot bedarfsgerecht auszubauen.

Ds. 14/904-7

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

14. Wahlperiode

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNELANDTAG B-W
07.FEB.2007 12:17**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses 14/804
Staatshaushaltsplans für 2007/2008**

Epl. 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

hier: Bildungsbudgets für den Orientierungsplan

Der Landtag wolle beschließen,

Kap. 0436 Allgemeine Schulangelegenheiten
Titel Gr. 82 Vorschulische Bildung

	2007	2008
	Tsd €	Tsd €
Statt	1.850,0	1.850,0
zu setzen	12.450,0	16.450,0

Stuttgart, den 07.02.2007



Rastätter, Lösch, Lehmann, Metzger, Kretschmann u. Fraktion

Begründung:

Der Kindergarten ist als Bildungseinrichtung zu stärken und weiterzuentwickeln. Mit dem Orientierungsplan ist ein Rahmen geschaffen worden, in dem Bildungskonzepte in Kindergärten umgesetzt werden können. Der Orientierungsplan muss nun jedoch auch in der Fläche implementiert werden, dafür müssen sich Erzieherinnen und Erzieher entsprechend fortbilden. Die von der Landesregierung vorgesehenen Mittel sind dafür jedoch unzureichend. Dabei zeigen alle internationalen Untersuchungen, dass wir mehr in die frühe Bildung investieren müssen. Die Grüne Fraktion hat ein Konzept zur Implementierung des Orientierungsplans und zur Sprachförderung vorgelegt. Danach erhalten die Kindergärten Bildungsbudgets, über die sie verfügen und die vor Ort erforderlichen Maßnahmen und Fortbildungen finanzieren können.

Dies entspricht dem Charakter der Kindergärten als selbstständige und eigenverantwortliche Bildungseinrichtungen. Von Landesseite sind dafür in den nächsten vier Jahren insgesamt 51 Mio. € zu veranschlagen. Im vorliegenden Antrag sind davon die ersten beiden Tranchen eingestellt.